

Pakistan: Das Ringen um die Macht geht weiter.

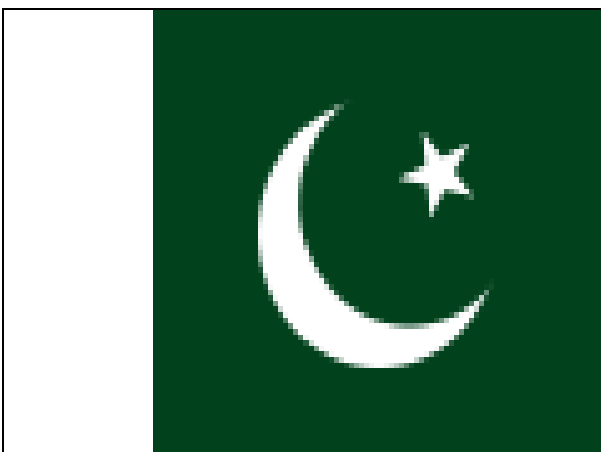
Islamabad, 26. Juni 2012

Bericht aus aktuellem Anlass
N° 27/2012

Olaf Kellerhoff

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Pakistans neuer Premier Raja Pervez Ashraf wird vermutlich eine Übergangsfigur sein. Seine Ernennung ist Teil eines seit Wiederaufnahme der demokratischen Regierungsform (2008) anhaltenden Machtkampfes, der zumeist durch Korruptionsvorwürfe vor Gerichten ausgetragen wird. Legislative (vor allem Parlament), Exekutive (vor allem Militär und Nachrichtendienste) sowie Judikative (vor allem Verfassungsgericht) ringen um Einfluss. Trotz des turbulenten Geschehens sind ein politisches Chaos oder gar eine Machtübernahme des Militärs nicht zu befürchten. Vielmehr werden Pakistans demokratische Institutionen sich besser voneinander abgrenzen und an Kontur gewinnen.



Am 22.6. wurden Pakistans neuer Premierminister Raja Pervez Ashraf vereidigt. Er gehört der regierenden *Pakistan's People Party* (PPP) an,

sein Kabinett entspricht weitestgehend dem vorigen. Ashraf war zuvor Minister für Informationstechnologie und davor Minister für Wasser und Energie gewesen. Dem neuen Premier wird die Annahme von Bestechungsgeldern bei der Vergabe von Verträgen für Stromaggregate vorgeworfen. Die von ausländischen Firmen gebauten Aggregate sollen von Pakistan gemietet werden. „Rental Raja“ (Miet-Raja) nennt ihn deswegen das Volk. Nach Anweisung des Obersten Gerichts setzte die Nationale Rechenschaftsbehörde Ashraf im April wegen den Bestechungsvorwürfen auf die sogenannten ECL (Exit Control List), er darf also das Land nicht verlassen. Dabei ist er als Premierminister nun wohl eigentlich zu Auslandsreisen verpflichtet. Manche Pakistaner

schließen bereits Wetten darauf ab, wie lange Ashraf im Amt bleiben wird. Er hat neun Monate Rest-Amtszeit von seinem Vorgänger geerbt. Zyniker befürchten, dass er die kurze Frist, so er sie denn überhaupt übersteht, zur maximalen Selbstbereicherung nutzen wird.

Der neue Premier Raja Pervez Ashraf entstammt einer Mittelklassefamilie aus Gujar Khan, einem Distrikt gut 50 km südöstlich der Hauptstadt Islamabad. Zusammen mit Brüdern baute er eine Schuhfabrik und diente sich in der Regierungspartei PPP hoch. Nach drei vergeblichen Versuchen in den 90er Jahren gelange es ihm 2002 und 2008, ins Parlament einzuziehen. Später wurde Ashraf Minister für Wasser und Energie und schließlich Minister für Informationstechnologie. 40% der parlamentarischen Anfragen an sein Energieministerium blieben unbeantwortet. Kamen Antworten, so waren sie oft sachlich falsch, widersprüchlich oder ausweichend. Zum Beispiel erklärte Ashraf 2010, Stromabschaltungen hätten sich reduziert. Dabei sind Stromabschaltungen aus Mangel weiterhin die Regel, je nach Landesteil können sie bis zu 20 Stunden pro Tag dauern. In der Provinz Punjab bleiben bei derzeitigen Temperaturen von 43–48° C die Klimaanlage oft aus. Als „Meister der Ausreden“ bezeichnete das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel den Energieminister Ashraf. Fast täglich wird gegen Strommangel demonstriert, laut Presseberichten starben bei den Kundgebungen vergangene Woche zwei Menschen. Einzig die 18-Mio.-Stadt Karachi hat das Energieproblem durch Privatisierung und Wettbewerb lösen können. Hatte Ashraf als Energieminister noch erklärt, landesweit bräuchten 15 Energieprojekte für 15.000 MW sieben Jahre bis zur Fertigstellung, so will er nun als Premier bis Ende dieses Jahres für Strom sorgen. Erste Amtshandlung am Tag nach seiner Vereidigung war die Einberufung eines Treffens zur Energiekrise, die zu den vorrangigsten Problemen Pakistans zählt.

Geschichte Auswahl

Dass Pakistans Staatspräsident Asif Ali Zardari, Witwer der verehrten Benazir Bhutto, und seine PPP einen bereits angeschlagenen Premier ausgewählt haben, ist geschickt. Ashrafs Vorgänger war Präsident Zardari zur Hilfe gekommen, indem er eine Forderung des Obersten Richters

ignorierte, die Wiederaufnahme eines Korruptionsverfahrens gegen den Präsidenten zu forcieren. Dazu wäre ein Brief an Schweizer Behörden nötig gewesen, den der damalige Premier aber nie schrieb. Die Reaktion des Verfassungsgerichtes mündete in Amtsenthebung. Das gleiche Schicksal könnte dem neuen Premier Raja Pervez Ashraf wiederfahren. Als treuer Parteisoldat dürfte nämlich auch er die Aufforderung des Verfassungsgerichts ignorieren, das Korruptionsverfahren gegen den Staatspräsident wieder aufzunehmen. Für den Fall, dass Ashraf keine Schritte einleitet, hat der Oppositionspolitiker Imran Khan, ehemals Cricketspieler, schon angekündigt, vor Gericht zu ziehen.



Der neue Premier Raja Pervez Ashraf bei seiner Vereidigung im Staatsfernsehen. Symptomatisch für die pakistanische Demokratie sind die militärischen "Assistenten" von Ministern (Foto: FNF)

Die PPP-Regierung hat mit der Vereidigung von Premier Ashraf vorgezogene Neuwahlen vermieden, bei denen ihre Abwahl nicht auszuschließen gewesen wäre. Offenbar will die Partei sich ins kommende Jahr retten bis zu den nächsten regulären Wahlen. Auch brächten vorgezogene Neuwahlen nach ihrer Ankündigung eine 90-Tage-Übergangsregierung mit sich, was ebenfalls nicht im Interesse der PPP ist. Das aktuelle Spiel auf Zeit könnte auch weitere Formen annehmen: Sollte das Verfassungsgericht den neuen Premier Ashraf genau wie seinen Vorgänger für amtsunfähig erklären, könnte ein weiterer Übergangspräsident folgen. „Ashraf ist eine zynische Wahl.“

Man kann schnell auf ihn verzichten“, urteilt Raza Rumi, Leiter des Jinnah Institutes und Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF).



Das Verfassungsgericht – eine Parallelregierung?
(Foto: FNF)

Gericht als Parallelregierung?

Der Druck, den Gerichte derzeit ausüben, geht sehr weit. Manche Beobachter nennen die indirekte Absetzung des ehemaligen Premiers durch das Verfassungsgericht einen „Soft Coup“. Der Supreme Court wird von manchen als „Parallelregierung“ bezeichnet. So vereitelte ein Gericht die ursprüngliche Nominierung eines Ministers für den Posten des Premierministers: Korruptionsvorwürfen folgte ein Haftbefehl. Selbst Nicht-Liberale können die sozialistischen, selbsternannten Aufgabenbereiche der Verfassungshüter, wie die Festlegung von Zucker- und Benzinpreisen, oft nicht nachvollziehen. Mittlerweile finden viele, das Verfassungsgericht habe seine Befugnisse überschritten. Viele Urteile gelten als populistisch und haben oft die regierende PPP im Visier. Von „Vendetta-Urteilen“ ist die Rede.

Spektakuläre Urteile lenken auch von eigenen Problemen ab. Jüngst erklärte ein Bauunternehmer, dass der Sohn des Obersten Verfassungsrichters ihn zur Zahlung von umgerechnet

340.000 EUR genötigt und dass der Vater davon gewusst habe. Die Oppositionsparteien Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) und Pakistan Tehreek-e Insaf (PTI) warfen daraufhin der Regierung und dem Militär vor, dass es sich bei der Aussage des Unternehmers um eine Verschwörung handle mit dem Ziel, den Verfassungsrichter loszuwerden. Bislang konnte nichts bewiesen werden. Jedoch weitete sich der Skandal aus: Er wird nun vor allem zwischen verschiedenen TV-Moderatoren öffentlich ausgetragen, von denen manche dem Militär nahe stehen.

Ringens um Machtbefugnisse

Mit Distanz betrachtet sind diese bisweilen schmutzigen Scharmützel Teil eines Ringens, in Pakistan Kushti genannt, um Machtbefugnisse in der Islamischen Republik. Dem Militär wird immer vorgeworfen, die Fäden zu ziehen bzw. dem Primat der Politik nicht zu folgen. Insbesondere die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes wird weiterhin vom Militär formuliert. Das Parlament wagte sich erst zaghaft und nun immer weiter vor, um diese Felder zu besetzen. Das hatte bereits zuvor zu Auseinandersetzungen geführt. Gleichzeitig beschneidet das Verfassungsgericht immer wieder Befugnisse oder Beschlüsse des Parlaments. Auch hier kam es in der Vergangenheit zu politischen Ränkespielen. Neben persönlichen Rivalitäten und Machtkämpfen geht es aber auch darum, dass sich die demokratischen Institutionen des Landes finden und voneinander abgrenzen. Bislang konnte in der Geschichte des Landes keine einzige demokratische Regierung ihre Legislaturperiode beenden. Der derzeitige Machtkampf gelassen hingenommen werden: Es ist wenig wahrscheinlich, dass Militär oder islamistische Kräfte Vorteile aus der Situation ziehen können. Die Auseinandersetzungen der demokratischen Institutionen werden weitergehen.



Wie lange wird der Amtssitz des Premiers das Zuhause von Ahsraf bleiben? (Foto: FNF)

Damit könnte Gewaltenteilung an Kontur gewinnen. In einem Staat, in dem Staatsbürgerkunde im Lehrplan fehlt, lernen viele Bürger, Bürokraten und Abgeordnete erst durch die Streitigkeiten etwas über Zuständigkeiten und Kontrollmechanismen ihrer Demokratie.

Olaf Kellerhoff ist Projektleiter der FNF in Pakistan

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam